

Einzelpr. 21
ft 5
Redaktion
und Verwaltung:
Brag II,
Savlickova nám. 32.
Telephon 6795,
nachts 6797.
Telegramm-Adresse:
Sozialdemokrat, Prag II,
Savlickova nám. 32.
Postfach 57544.
Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlass.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post
monatlich . . . Kz 18.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzzährig . . . 192.—
Abstellung
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einlieferung der
Retourmarken.
Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich (100).

3. Jahrgang.

Mittwoch, 4. Juli 1923.

Nr. 153.

Es bleibt, wie es war!

Die Affären der Bohemia-Bank und der Mährisch-schlesischen Bank haben einige Monate hindurch nicht unbeträchtlichen Staub aufgewirbelt. Der Skandal war groß und stank zum Himmel. Da schien es sogar, als wäre das öffentliche Gewissen, das sonst den Schlaf des Gerechten schläft, aufgerüttelt worden. Selbst die bürgerliche Presse ereiferte sich über den gehäuften Schmutz, den die Affären ans Tageslicht gebracht hatten, forderte die Reinigung des Augiasstalles und die Regierung ließ durch den Finanzminister Maßnahmen gegen das Treiben und die Wirtschaft der Banken anordnen, stellte deren wirksame Kontrolle in Aussicht und versprach den gesetzlichen Schutz der Einleger. Wer das Wesen der Herrschenden in diesem Staate und das Wesen der kapitalistischen Ordnung im allgemeinen nicht kennt und sich gerne durch Worte und Versprechungen täuschen läßt, mochte glauben, nun werde wirklich alles getan werden, um dem übermächtigen und übermütigen Bankkapital wenigstens die gefährlichsten Krallen zu beschneiden. Aber das Wort von den Krähen, die sich gegenseitig kein Auge ausbaden, hat auch hier wieder seine Geltung behalten. In der Sache der Bohemia-Bank hat sich die staatliche Gerechtigkeit nicht weiter vorgewagt, als dahin, den zur Zeit des Krachs amtierenden Präsidenten der Bank, Dr. Kubicek, anzuklagen und beim Abgeordnetenhaus seine Auslieferung an das Gericht durchzusetzen. Doch wer wagte heute noch zu behaupten, daß Kubicek der einzige Schuldige, ja, auch nur der Hauptschuldige war! Das Strafverfahren wurde gegen Dr. Kubicek und „unbekannte Täter“ eingeleitet, aber die „unbekannten Täter“ bleiben weiter unbekannt und ungeschoren, obwohl alle Welt auf sie mit Fingern zeigt. Die Scheu, den Kreis der Angeklagten entsprechend den faustdicken Verdachtsgründen zu erweitern, ist groß, umso größer, als die Belasteten Männer sind, deren Würden ihnen als der schützende Panzer vor dem Zugriff der Organe der irdischen Gerechtigkeit dienen. Das Dunkel, das über den unbekannteren Tätern liegt, will sich aber vor allem deshalb nicht lichten, weil die früheren Regierungen selber mit schwerster Schuld beladen sind, für die sie nur dann der Verantwortung entrinnen können, wenn das mystische Dunkel, das über den „unbekannten Tätern“ liegt, gewahrt bleibt. Und wie mit der Strafverfolgung der Schuldigen, so sieht es auch mit den angekündigten Maßnahmen zur Verhütung ähnlicher Bankstandale und zur Herbeiführung einer wirksameren Kontrolle der Banken aus. Das Bankkapital kann ruhig schlafen, nicht ihm, sondern der rächenden Nemesis sind die Fangarme gebunden.

Die am letzten Samstag im Prager Merkursaale unter Vorsitz Dr. Kubiceks abgehaltene Generalversammlung der Aktionäre der Bohemia-Bank hat noch einmal die trüben Wasser des Sumpfes aufgewühlt und die Schuldigen aufgezeigt. Vielleicht wird der Prozeß gegen Kubicek einige Blasen darin zum Aufsteigen bringen, dann wird alles bleiben, wie es war. Die Bohemia-Bank wird liquidiert, verzichtet auf ihr weiteres Sündendasein, das wird aber auch die einzige Veränderung gegenüber früher sein: das System, das die Affäre der Bohemia-Bank möglich machte, wird weiter bestehen, das sogenannte öffentliche Gewissen wird sich umsonst strapaziert haben. Die Bilanz der Bank weist, wie nun genau feststeht, einen Verlust von 176.379.707 Kronen aus, von denen „nur“ etwa 20 Millionen dem letzten Verwaltungsrat zur Last fallen, während die der Revisionskommission berichtet, die übrigen Verluste von über hundertfünfzig Millionen auf das Konto des früheren Verwaltungsrates zu buchen sind. Die Bank war also schon seit Jahren bankrott, wirtschaftete in der gleichen Weise aber nicht nur weiter, sondern täuschte die Einleger durch gefälschte Bilanzen, welche die Bank aktiv erscheinen ließen. Was aber am schwersten wiegt, das ist, daß eine schon im Jahre 1919, wie der Revisionsbericht erzählt,

Zusammenbruch der Metallindustrie an der Ruhr.

Angaben der Havas-Agentur.

Düsseldorf, 3. Juli. (Havas.) Die Lage in der von den Franzosen am 25. Juni besetzten „Hermannshütte“ kann als symptomatisch und typisch für die allgemeine Situation der Metallindustrie im Ruhrgebiet angesehen werden. Der Betrieb der Thomasöfen ruht vollständig und die großen Martinöfen sind gleichfalls in Mitleidenschaft gezogen. Von acht kleinen Martinöfen sind bloß zwei im Gange. Die tägliche Produktion ist von 2000 Tonnen auf 50 Tonnen gesunken. Sechs Hochofen sind zwar noch in Tätigkeit, doch sind zwei davon schon im Erlöschen. Es hat sich eine große

Menge, schätzungsweise mehr als 300.000 Tonnen an Fertigwaren aufgehäuft, die nicht abtransportiert werden können. (Der Zweck dieser Mitteilung ist nicht ganz klar. Die Havas-Agentur hat wenig Interesse daran, der übrigen Welt zu zeigen, wie völlig der Ruhrerbruch das Wirtschaftsleben zerstört hat. Wohl aber kann es der heimischen Metallindustrie Frankreichs wohl tun, zu hören, daß ihr meistgefürchteter Konkurrent so unrettbar zu Boden liegt. Auch das ist, kapitalistisch-egoistisch angesehen, ein „wirtschaftlicher Erfolg“ und wohl geeignet, Poincaré den Beifall des großindustriellen nationalen Bloks zu verschaffen.)

Einberufung der Saar-Regierungskommission.

Genf, 3. Juli. (Tsch. P.) Cecil begründete heute in öffentlicher Sitzung des Völkerbundes die englischen Anträge zur Saarfrage. Er hielt an dem Stand des Versailler Vertrages die Verantwortung des Völkerbundes für die Verwaltung des Saargebietes für gegeben und tadelte die Verfügungen der Regierungskommission, die ohne vorhergegangene oder spätere Befragung der Bevölkerung erlassen worden seien. Er verzichtete auf die Erneuerung einer Untersuchungskommission, sowohl in Genf als auch im Saargebiet, forderte aber, daß der Rat alle Mitglieder der Regierungskommission und nicht nur den Präsidenten nach Genf berufe, um sie zu vernehmen und sich dadurch über die Vorgänge im Saargebiet und die Regierungsmethoden zu unterrichten. Der Vertreter Frankreichs Hannotaux verteidigte lebhaft die Kommission und die Notverordnungen, erklärte sich aber, nachdem auf eine besondere Untersuchungskommission verzichtet wurde, damit einverstanden, daß der Rat sich selbst mit der Saarfrage befaßt, wie er es übrigens stets getan hat. Auf Salandras Antrag soll in geheimer Sitzung eine Formel zu Hannotaux' und Cecil's Antrag ausgearbeitet werden. Ein Vorschlag Brantings, nicht nur die Mitglieder der Regierungskommission, sondern auch Vertreter der Saarbevölkerung vor dem

Völkerbundsrat zu vernehmen, soll auf Cecil's Wunsch bis nach Fühlungnahme mit der Regierungskommission zurückgestellt werden.

Mündliche Besprechungen.

London, 2. Juli. (Havas.) Die Unterredungen zwischen den Vertretern der französischen und der britischen Regierung nehmen ihren Fortgang. Der französische Botschafter Saint-Aulaire beriet nachmittags im Auswärtigen Amt mit dem Unterstaatssekretär Sir Eyre Crowe über die Reparationsfrage und die Lausanner Konferenz.

Die deutschen Sozialdemokraten drängen auf Klärung.

Berlin, 3. Juli. (Tsch. P.) Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, der sich gestern mit der innen- und außenpolitischen Lage beschäftigte, beschloß, die sozialdemokratische Auffassung zu den Währungsfragen, zu der Frage des wertbeständigen Lohnes der Reichsregierung zu unterbreiten und Maßnahmen in dieser Richtung zu fordern. Ferner wurde die Behandlung dieser Fragen im Reichstage noch vor den Sommerferien gefordert. Die außenpolitische Lage, insbesondere die Lage im Ruhrgebiet, soll in einer politischen Debatte im Reichstage geklärt werden.

vom Finanzministerium durchgeführte Revision feststellte, daß die Bank derart passiv arbeite, daß es Pflicht der Regierung gewesen wäre, einzuschreiten. Dieselbe Revisionsstelle errechnete im Jänner 1922 bei der Gebarung der Bank, daß sie mit 33 Millionen Kronen fallit sei, obwohl ihr ganzes Aktienkapital nur 25 Millionen betrug; in Wahrheit war das Konto aber noch weit größer und betrug 44 Millionen Kronen. Dennoch genehmigte das Finanzministerium der Bank die Vermehrung ihres Aktienkapitals. Das Ergebnis der Revision wurde außer dem Vizepräsidenten und Sokolobmann, Dr. Scheiner, niemandem mitgeteilt, nicht einmal der Regierungsvertreter erfuhr davon, so daß sich die Bankleitung in der Verleugung ihrer gewagten und leichtfertigen Geschäfte noch immer keinen Zwang anzunehmen brauchte. Herr Dr. Scheiner behielt die Kenntnis des Ergebnisses der Untersuchung für sich, wodurch zweifellos die Einleger auf das schwerste irreführt wurden. Der leichtfertigen Wirtschaft der Funktionäre steht ebenfalls die Vernachlässigung der Pflichten durch die staatlichen Organe gegenüber. Der Schuldigen müssen mehr sein, als der eine Kubicek, der behauptet, daß man ihn zum Sündenbock für andere mache und der „nur“ für zwanzig Millionen des Verlustes sich mitverantwortlich fühlt, der aber, wie er sagte, nur entstehen konnte, weil früher aus der Bank ein „Trödelladen“ gemacht worden war, Waren eingekauft wurden, als die Krone am niedrigsten Stand, so daß, als die Krone stieg, dadurch Verluste entstanden, zu welcher Zeit aber schon der neue Verwaltungsrat am Ruder war. Wo sind also die weiteren und wahren Schuldigen? Die staatliche Gerechtigkeit weiß es nicht und will es nicht wissen.

Die Kampagne für die schärfere Überwachung der Banken, — das kann man schon jetzt prophezeien, — wird ausgehen wie das berühmte Hornberger Schießen. Die von der Regierung angekündigten Maßnahmen, so unzureichend sie auch waren, haben im Schoße der Koalition eine dauernde Ruhestätte gefunden. Den Bankherren kommt die Arbeitsunfähigkeit der Regierungsparteien sehr gelegen, aber wenn es auch um die Lebensfähigkeit der Koalition besser stünde, sie brauchten sich doch keine grauen Haare wachsen zu lassen. Es wäre auch dann nur irgendeine Scheinmaßregel herausgekommen. Die Interessen des heiligen Bankkapitals sind bei der Koalition in guten Händen. In seiner Rede über den Krach der Bohemia-Bank konnte der Herr Finanzminister Dr. Bečka die Kühne Behauptung aufstellen, die Bank sei auf Grund des Revisionsberichtes im Jahre 1920 noch aktiv gewesen, so daß die Regierung die Neuausgabe von Aktien bewilligen konnte, und er äußerte sich bei einer anderen Gelegenheit, er habe als Präsident der Zivnobank durch seinen Schwager, den früheren Finanzminister, um alle Vorkehrungen der Regierung gewußt. Das sagt alles! Herr Dr. Bečka ist aber noch immer im Amte. Die „unbekannten Täter“ werden weiter unbekannt bleiben. Und dem Herrn Dr. Scheiner hat die Sokolgemeinde das Vertrauen ausgesprochen. Zwar ohne sachliche Prüfung, aber dafür umso herzlicher. Man wird doch den Herrn Ohmann nicht im Stich lassen. Es ist also alles in Ordnung. Es bleibt, wie es vordem war. Solange, nun solange, als die kapitalistische Ordnung besteht, die mit ebensolcher Naturnotwendigkeit Schmutz und Korruption, Wucher und Schwindel hervorbringen muß, wie der Obstbaum Früchte trägt.

Zimmens Rede in Aulfig.

Von Josef Böckla.

Genosse Zimmen hat in seiner Eigenschaft als internationaler Sekretär der I. F. J. anlässlich des Verbandstages in einer öffentlichen Versammlung in Aulfig eine Rede gehalten, die sich anlehnt an eine Reihe seiner früher gehaltenen Reden, mit dem einen Unterschied vielleicht, daß sie versucht, noch etwas mehr nach links zu gehen als die bisherigen. Ihre Grundgedanken sind etwa folgende:

Durch den Krieg ist die gesamte Arbeiterschaft von den Kapitalisten aller Länder betrogen worden. Man hat ihr Freiheit versprochen, aber es ist ihr nichts gegeben worden. Man hat gesagt, es werde der letzte Krieg sein und seit fünf Jahren rast immer noch die Kriegsfurie durch die Lande und die Gefahr eines neuen Krieges ist drohender denn je. Überall wird gerüstet. Die Ursache der Möglichkeit dieses großen Betruges liegt darin, daß die Arbeiterschaft 1914 das nationale über das internationale Interesse gestellt, die internationale verraten hat. Diese Möglichkeit besteht nun auch heute und sie zu bannen ist oberste Pflicht der gesamten Arbeiterschaft, besonders aber der Transportarbeiter aller Länder, die als eine der wichtigsten Kategorien den Schlüssel zum gesamten Verkehr in den Händen halten und durch eine Absperrung der einzelnen Länder Munitionstransporte usw. verhindern können. Die Kriegsgefahr besteht in der Tschechoslowakei sowohl wie in Deutschland, in England wie in Frankreich, in Polen wie in Belgien. Insbesondere ist die ganze Welt bereit, sich auf Russland zu stürzen, um diese sozialistische Dase zu zerstören und so wieder die allgemeine Herrschaft des Kapitalismus aufzurichten. Aber auch national drohen große Gefahren. Der Faschismus feiert Triumphe und da ist es Pflicht der internationalen Arbeiterklasse, sich mit den gleichen Mitteln zur Wehre zu setzen. Die deutsche Arbeiterschaft muß bewaffnete Hundertschaften bilden, die gegenüber den Faschisten zum Kampfe bereit sind. Es geht nicht an, mit dem Schlagwort der Demokratie zu kämpfen, wo der Feind rückichtslos die Waffe der Gewalt anwendet. Die Bourgeoisie pfeift auf die Demokratie, wenn sie ihr nicht mehr dienlich erscheint. Uebergehend zu der Frage des Krieges, erklärt es Zimmen als die Hauptaufgabe der Transportarbeiter, den Kampf gegen den Krieg zu führen. Aber es müssen alle Arbeiter diesen Kampf verstehen, damit es möglich ist, den Krieg durch die Verkündung des Generalstreikes zu verhindern. Dazu bedarf es erhöhter Opferbereitschaft, bedarf es vor allem eines tiefen und ehrlichen Hasses gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung, eines andern Hasses, wie ihn heute die Mehrzahl der Arbeiter kennt: Wir hassen diese Gesellschaft, weil wir unter sind und die anderen oben, aber wir sind bereit, die eigene Klasse zu verraten, wenn es uns selbst gelingt, in die Höhe zu kommen. Als Mittel zur Verhinderung der reaktionären Anschläge betrachtet Zimmen die Einheitsfront des Proletariats. Es ist schwer, sie zu erreichen, aber wenn sie nicht erfolgt, bedeutet das die Niederlage beider Flügel des Proletariates. Die Bourgeoisie ist international und das Proletariat muß aus ihrem Beispiel lernen. Er verweist auf die internationale Konferenz der Transportarbeiterföderation in Berlin, wo der Versuch zur Schaffung der Einheitsfront unternommen wurde, ohne daß leider die Beschlüsse durch den Generalrat der I. F. J. anerkannt worden wären.

Die Rede enthält an sich keine Ueberraschungen. Zimmen hat sich zweifellos in den letzten Monaten sehr stark nach links entwickelt. Es scheint im Grunde eine persönliche Tragödie zu sein, die sich hier abspielt. Seitdem er Sekretär des I. F. J. war, ist immer eine gewisse Rivalität zwischen ihm, dem Idealisten und dem nüchternen denkenden Dubegeest zu verzeichnen gewesen. Zimmen hatte die Führung im I. F. J. und er hatte sicherlich den ersten Willen, dem Proletariat zu helfen. Durch die Machtfülle, die sich ihm als Sekretär des I. F. J. bot, glaubte er, das Weltgeschehen entscheidend beeinflussen zu können. Er ist zweifellos ein durchaus ehrlich denkender und ehrlich wollender Mensch, der sich vor allem den Kampf gegen die Völkerei und damit die Geißel des Proletariates, den Krieg, zur Hauptaufgabe gestellt hatte. Der beste Beweis für seinen etwas weltfremden Idealismus ist die Einberufung des Haager Weltfriedenskongresses gewesen, den er in seiner Aulfiger Rede selbst spöttisch als „sogenannte“ internationalen Kongreß bezeichnet hat. Die Gewerkschafter waren damals von diesem Kongreß nicht sonderlich erbaut und die Sozialisten noch weniger. Denn sie erkannten schon damals, was Zimmen erst heute erkennt: daß der

Die Arbeiterkluft gegen die Dynamitpolitik.

Berlin, 3. Juli. (Eigenbericht.) Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beschloß heute, von der Reichsregierung eine ungewöhnliche Stellungnahme zur Dynamitpolitik zu fordern. Im Kleinsten Ausschuß hat der sozialdemokratische Vertreter verlangt, daß noch im Laufe dieser Woche eine politische Debatte im Reichstage stattfinde, um der Regierung Gelegenheit zu einer entsprechenden Erklärung zu geben. Wenn die Regierung schon früher von den deutsch-nationalen Dynamitverbrechern abgerückt wäre und alles getan hätte, um neue Attentate zu verhindern, dann wäre die außerpolitische Stellung Deutschlands ohne Zweifel viel besser. Ebenso wäre dann das Aitentat auf der Duisburger Brücke wohl unterblieben. Insofern hätte sich die Reichsregierung eine außerordentlich peinliche Positionierung durch den Papst zuzugewogen. In einem Briefe an den Berliner Nuntius habe der Papst darauf hingewiesen, daß gerade jetzt, wo alles vermieden werden möchte, was eine Verständigung erschwere, sich im besetzten Gebiet Sabotageakte und Verbrechen ereignen. Von der deutschen Regierung werde erwartet, daß sie ein für allemal einen solchen verbrecherischen Widerstand verurteile. Die Sozialdemokraten sind nicht geneigt, sich mit einer platonischen Verurteilung des nationalistischen Verbrechertums zu begnügen, sondern fordern, daß alle Machtmittel des Staates zu seiner Unterdrückung angewendet werden.

Die Häupter der Sakentkreuzler festgenommen.

München, 3. Juli. (Wolff.) Die Erhebungen in der Angelegenheit der Ermordung des Studenten Bauer haben nach Mitteilung der Staatsanwaltschaft außer zur Festnahme des Täters Zwengauer noch zur Verhaftung der Brüder Johann und Ernst Berger in München und des Privatdozenten Dr. Nunge aus Heidelberg, derzeit gleichfalls in München, geführt. Die Hauptverhandlung wird im Monate August stattfinden.

Russland über den Ruhrkonflikt.

Rom, 3. Juli. (Lich. B.) Mussolini eröffnete im heutigen Ministerrat u. a. die Ruhrfrage. Die Lage an der Ruhr habe sich in den letzten Tagen verschlechtert. Einerseits dauere der passive Widerstand fort, andererseits sei die Besetzung ausgedehnt und verschärft worden, durch Maßnahmen, die immer mehr politischen und militärischen Charakter annehmen. Das so ebedinigte Eingreifen des Papstes im Interesse Europas und der Menschheit habe die Lage nicht verändert. Unmittelbar darauf sei die vom französischen Senat einstimmig gebilligte Rede Poincarés gefolgt und es habe sich ein Sabotageakt ereignet, der zahlreichen belgischen Soldaten das Leben gekostet habe. So nach sei keine Entspannung, sondern eine Verschlechterung der Lage eingetreten. Nach Lösung der belgischen Krise könne die diplomatische Aktion wieder aufgenommen werden. Italien beteilige sich an ihr unmittelbar und werde sich auch künftig nicht fernhalten, sofern das Problem auf den Weg einer vollständigen Lösung im Sinne der Vorschläge des Londoner Memorandums gebracht würde, nämlich Verbindung des Reparationsproblems mit dem der interalliierten Schulden ausreißendes Moratorium für Deutschland, Festsetzung eines endgültigen Zahlungsbetrages durch einen Plan der vernünftigen Zahlungen und ernste Bürgschaften enthielte und den Verzicht Frankreichs auf die Besetzung der Ruhr in Aussicht nehme. Was den passiven Widerstand anlangt, so glaubt Italien, daß Deutschland kein Interesse daran habe, ihn zu verlängern, da es nicht daran denken könne, Frankreich zu überwinden.

Die Regierungserklärung Theunis.

Brüssel, 3. Juli. In Verlesung der Erklärung seines Ministeriums führte Ministerpräsident Theunis aus, daß die Regierung daselbe Programm aufrechterhalte, wie die vorhergehende Regierung und entschlossen sei, an der bisher verfolgten Politik festzuhalten, die vom Parlament während gebilligt wurde. Die Regierung wird sehr energisch handeln bei Bestrafung der Täter des Erzeleber Attentates. Was die Reparationsfrage betrifft, wird Belgien auf seiner früheren Position bis zu dem Augenblick beharren, wo seine Forderungen erfüllt werden.

Tages-Neuigkeiten.

Die Grenze.

Von Heinrich Minden (Dresden).

Ein Zollhäuschen am Fröhweg, zwei oder drei Wächter davor. Ein Schlagbaum, etliche bunt bemalte Pfähle. Irrenden Tagen, der ankalt. Rings walbige Umgebung. Die Grenze. Also hier berührt sich Staat mit Staat. Auge und Verstand müssen die Einbildungskraft zu Hilfe nehmen. — Diesseits Bäume, jenseits Bäume. Die nämliche Straße führt hinüber, ohne Unterbrechung. Nicht einmal ein Bach trennt die Gebiete.

Schweres Eisenbahnunglück.

Bukarest, 3. Juli. (AP.) Bei einem Jagdunfall auf der Straße Bukarest-Jassi wurden dreißig Personen getötet und mehr als fünfzig Personen verwundet.

Eine Konferenz der Kleinen Entente.

Bukarest, 3. Juli. (AP.) Der Minister für auswärtige Angelegenheiten Duca machte an Journalisten die Mitteilung, daß im Laufe des Monats Juli in Sinaja unter Teilnahme der Ministerpräsidenten eine Konferenz der Kleinen Entente stattfinden wird, die sich mit der Lösung jener außenpolitischen Fragen beschäftigen wird, welche den Interessen dieser Staaten gemeinsam sind. Später soll in Sinaja eine zweite Konferenz stattfinden, bei der auch Polen vertreten sein wird.

Wieder einmal Mobilisierung der Türken.

London, 2. Juli. (Havas.) Das Reuterbüro meldet aus Konstantinopel, daß die alliierten Behörden die Ausschiffung von Waffen und Kriegsmaterial wie auch türkischer Offiziere in der Nähe von Konstantinopel konstatieren. Die auf dem europäischen Ufer des oberen Bosphorus liegenden Befestigungen wurden mit türkischer Besatzung versehen. Die alliierten Oberkommissäre protestieren bei den türkischen Behörden gegen solche Maßnahmen, die eine grobe Verletzung des Abkommens von Mudania darstellen.

Der ganze Reichstag für Fehrenbach.

Berlin, 3. Juli. (Eigenbericht.) Im Reichstage wurde heute die Debatte über den Fall Fehrenbach zu Ende geführt. Es ist bemerkenswert, daß der Zentrumredner das Urteil scharf ablehnte und für die Volkvertretung das Recht in Anspruch nahm, den richterlichen Fehlspruch zu korrigieren. Man solle nicht durch ein Gnadengesuch und Einholung eines Reichstagsbeschlusses seitens des bayerischen Oberlandesgerichtes die Sache verschleppen, sondern Fehrenbach unverzüglich in Freiheit lassen. Sogar der Redner der Deutschnationalen hatte einige Bedenken gegen das Urteil. Am Schlusse der Debatte sagte Gen. Radbruch, daß der Reichsjustizminister als Mann des Rechtes in dieser Angelegenheit eingreifen müsse. Mit einer Begnadigung Fehrenbachs sei dem Recht nicht Genüge geschehen. Dieser Vorstoß könnte leicht für Deutschland daselbe werden, wie der Fall Dreifuß für Frankreich. Schließlich wurde ein Antrag des Zentrums, der die Reichsregierung ersucht, die Reform des Strafrechtes zu beschleunigen, angenommen.

nigen und eine vollständige Rechtsereinheit für Deutschland herbeizuführen, einstimmig angenommen.

Die Staatsverpflichtung zur Begnadigung Fehrenbachs.

Der bayerische Gesandte erzwang im deutschen Reichstag die Möglichkeit, daß Fehrenbach auf ein entsprechendes Gesuch hin begnadigt werden könnte. Doch wäre dies keine Gnade, sondern das gute Recht Fehrenbachs, denn als im bayerischen Landtag am 5. Juli 1919 beschloßen wurde, gegen das Urteil der „Volksgerichte“ keinerlei Rechtsmittel zuzulassen, geriet die Justizminister Müller-Meinungen, ein Demokrat, die vorgebrachten Bedenken durch folgende feierliche Erklärung:

„Ich habe entsprechend meiner Zusage gestern im Ausschusse folgende Erklärung abgegeben: Die Begnadigung ist gerade in einem Freistaate dazu bestimmt und geeignet, Härten und Unbilligkeiten bei der Handhabung der Strafrechtspflege auszugleichen. Nach dieser Richtung soll das Begnadigungswesen in Bayern bei der im Staatsministerium der Justiz schon im Angriff genommenen Reform noch weiter ausgebaut und die Begnadigung mehr zu einem Akt der Rechtspflege gemacht werden. Schon bisher sind Begnadigungsgesuche in vollen und standgerichtlichen Sachen besonders sorgfältig gewürdigt worden. Ich werde dafür sorgen, daß dies auch in Zukunft geschieht und zu diesem Zwecke anordnen, daß bei der Behandlung der Begnadigungsgesuche in volksgerechtlichen Sachen Einwendungen gegen die Richtigkeit des Urteils gründlich nachgegangen wird und nachträglich aufgetretene Zweifel an der Schuld des Verurteilten soweit irgend möglich aufgeklärt werden. Sollte sich bei der Behandlung solcher Begnadigungsgesuche herausstellen, daß ein Fehlspruch vorliegt, so wird dies in der Begnadigungsentscheidung in einer Form zum Ausdruck gebracht werden, die geeignet ist, dem Verurteilten volle Genugung zu geben. Es kann dies insbesondere in der Weise geschehen, daß mit dem Erlasse der Strafe auch die Löschung im Strafregister angeordnet und für eine etwa ungerechtfertigte Strafvollstreckung eine angemessene Entschädigung gewährt wird.“

Die von Müller-Meinungen gestellten Bedingungen treffen vollkommen zu, die Ueberzeugung von der völligen Unschuld des Urteils ist, wenn man von den Sakentkreuzern absteht, allgemein. Die Begnadigung Fehrenbachs ist also einfach Pflicht und Schuldigkeit!

Die Sakentkreuz-Mordbuben.

Ein politischer Mord bei Wien.

Im Neulengbacher Wald bei Wien wurde vor einigen Tagen die Leiche des 19-jährigen Konrad Rarger aufgefunden, der in der Nacht zum 15. Juni auf einer Waldlichtung ermordet und beraubt worden war. Als Täter wurde nun von der Polizei ein Freund des Ermordeten, der 19-jährige ehemalige Gymnasiast Rudolf Nowosad festgenommen. Nowosad, der bereits vorbestraft ist, hat die Ermordung des Rarger eingestanden, doch gehen seine Angaben über die Beweggründe der Tat auseinander.

Ueber den bisherigen Stand der Untersuchung wird uns aus Wien gemeldet: Der Mord im Walde von Neulengbach scheint sich auf eine große politische Angelegenheit hinauszuspitzen. Die Polizei gibt zwar an, daß sich bis jetzt noch kein vollkommen klares Bild gewinnen lasse, weil der Mörder Nowosad jeden Augenblick seine Verantwortung ändert, aber sie verlautbart, daß beide — Nowosad und Rarger — Mitglieder einer nationalsozialistischen „Ordnungstruppe“ waren und daß es einerseits möglich sei, daß Nowosad den Rarger deshalb ermordet hat, weil er befürchtete, dieser könne ihn aus seiner Stellung verdrängen, andererseits, daß ein politisches Moment die Triebfeder der Tat war. Die Polizei gibt weiter die Namen von zwei Nationalsozialisten, die, wie man jetzt erfährt, mit Nowosad verhaftet wurden, vorläufig nicht bekannt, weil sie die Untersuchung unbeeinträchtigt durchzuführen will. Es kann aber mitgeteilt werden, daß die Polizei bei einer Reihe von Nationalsozialisten Hausdurchsuchungen durchgeführt hat. — Der Vater des Ermordeten, Paul Rarger, ist zweiter Obmann des Kampfausschusses. Er schildert seinen Sohn als unruhigen Geist, der bereits viermal das Haus verlassen hat, um einer nationalsozialistischen Kampftruppe beizutreten. Er habe seinem Sohne, der wiederholt zum Eintritt aufgefordert wurde, verboten, einer Kampftruppe beizutreten. Das letzte Mal habe er das Verbot ausdrücklich wiederholt und es ist möglich, daß er (der Ermordete) den Austritt angemeldet und dadurch Verdacht erregt hat. — In dem Hause, wo Nowosad wohnte, erschien gestern ein junger Mann, der nach den Angehörigen Nowosads fragte. Als ihm erklärt wurde, daß dies nicht zu Hause seien, sagte er einem Nachbar, er möge den Angehörigen ausrichten, daß sie den Mitteilungen der Blätter über einen politischen Hintergrund der Tat nicht glauben sollten.

solten. Der Name dieses jungen Mannes ist nicht bekannt, doch nimmt man an, daß er von den Sakentkreuzern geschickt wurde.

Ein Proletarierdichter gestorben. Im Judentempel von New-York ist im Alter von einundsechzig Jahren der jüdische Proletarierdichter Morris Rosenfeld gestorben. An der Nähschneide hat dieser Flüchtling der zaristischen Judenpogrome der Schneider aus Boffsch und Warschau, in London und New-York seine leidenschaftlichen, von grausamen Erlebnissen inspirierten Lieder geschrieben und auch in den Arbeitsläden vorgetragen. Der verfolgte russische Jude, der ausgebeutete Arbeiter, das Leid der politisch und wirtschaftlich Machtlosen ist das immer wieder neu geformte Motiv einer ursprünglichen Dichtkunst. Bräutliche und Gorkis Ueberlegungen ins Politische und Russische, auch eine unter dem nicht ganz zutreffenden Titel „Lieder des Ghettos“ erschienene deutsche Auswahl, haben den Poeten vor Jahren einigermaßen bekannt gemacht. Weiteren Kreisen ist der ostjüdische Lyriker kaum vertraut geworden. Und doch war Morris Rosenfeld ein echter, hochbegabter Proletarierdichter.

Olmütz und Karlsbad. Das Olmüzer tschechische Theater versuchte bekanntlich, es durch ein Diktat von oben durchzusetzen, daß in der zweiten Hälfte Juli die tschechische Olmüzer Oper im Karlsbader Stadttheater ein Gastspiel absolvierte. Dieser Versuch, die tschechische Bühne in Karlsbad gerade zur Zeit der Hochsaison gastieren zu lassen, würde natürlich eine schwere Schädigung des dortigen Kunstbetriebes bedeuten. Die Direktion des Olmüzer Theaters begnügte sich aber nicht nur mit diesem Versuch, sondern unternahm es auch, auf dem Wege über das tschechisch-österreichische Preßbüro die Ueberlassung des Karlsbader Stadttheaters an das Olmüzer tschechische Theater noch als gerechtfertigt hinzustellen, indem es durch diese amtliche Stelle die Nachricht verbreiten ließ, daß die Direktion des Olmüzer Theaters diese Bühne den Deutschen zur unentgeltlichen Benützung übergibt, so daß sich die Ueberlassung des Karlsbader städtischen Theaters nur als ein Akt der Reziprozität darstellt. Hier „Wechselseitigkeit“ zu konstruieren, ist tatsächlich eine ganz besondere Dreistigkeit, denn in Olmütz bedeutet ja der Juli so wie sonst überall den schlechtesten Theatermonat — ganz abgesehen davon, daß das Olmüzer Theater ursprünglich ein deutsches Institut war — während in Karlsbad der Ausfall der Theateraufführung gerade in der Hochsaison ein schwerer Schaden ist. Eine besondere Unbilligkeit besteht darin, daß sich das tschechische Preßbüro dazu hergibt, die Wünsche und Ansichten des Olmüzer Theaterdirektors zu vermitteln. Bei der geistigen Voraussetzung einer Vertretung des Verbandes deutscher Theaterdirektoren beim Minister des Innern Waltpetr wurden diesen auch diese Tatsachen zur Kenntnis gebracht und Minister Waltpetr anerkannte die vorgebrachten Beschwerden als berechtigt. Die Gelegenheit soll in der Weise geregelt werden, daß die Olmüzer Oper in Karlsbad an fünf Tagen spielt und der Karlsbader Direktion eine Entschädigung bezahlt. Während der fünf Gastspieltage der Olmüzer Oper wird das Karlsbader Theater im Ruhestand spielen.

Astronomie und Internationalität. Der Vorstand der Deutschen Astronomischen Gesellschaft hat an Stelle des im vorigen Jahre verstorbenen berühmten holländischen Astronomen Kapteyn als Vorstandsmittglied den Präsidenten der Italienischen Astronomischen Gesellschaft, Professor Cerulli, kooptiert. Es ist sehr zu begrüßen, daß in der Astronomischen Gesellschaft die internationalen Beziehungen nach wie vor gepflegt werden. Wie sehr vom Gesichtspunkt des internationalen Charakters der Wissenschaft gerade die Wahl Cerullis eine glückliche zu nennen ist, zeigt die Rede, die dieser bei der letzten Versammlung der von den Astronomen der Ententeländer gegründeten „Union Astronomique Internationale“ in Rom gehalten hat. Er sagte dort u. a.: „Lebensbedingung für unsere Union ist die Universalität. Es ist unerlässlich, daß die Union sich auszudehnen suche auf alle Kulturvölker. Die Unterscheidung zwischen: Ihr angehörenden und ihr nicht angehörenden Ländern muß verschwinden... Wir wollen nicht nur unsere Augen über die irdischen Räume, sondern auch unsere Geister über die menschlichen Fehler erheben. Die menschlichen Fehler und Schwächen führen notwendig zu nationalen Rivalitäten, zu nationalem Haß. Wir Astronomen aber pflegen neben unserer angeborenen Nationalität eine solche der Welt, eine Supernationalität, die uns für immer mit Völkern der Brüderlichkeit vereinigt und keine Ausnahmen kennt.“ Wohlthuend heben sich diese Ausführungen ab von dem nationalsozialistischen Gebaren mancher deutscher Professoren, z. B. des Heidelberger Physiklers Lenard, der in der Kriegshysterie im August 1914 der Londoner Royal Society die ihm verliehene goldene Medaille zurückgab, und der sich auch heute noch nicht in die für einen Vertreter der Wissenschaft normale Geistesverfassung zurückfinden konnte.

Die Bekämpfung jüdischer Blätter in Paris. Die Pariser Buchdrucker haben den Kampf gegen die jüdische „Action Francaise“ mit dem Erfolg aufgenommen, daß dieses Schmutzblatt seit mehreren Tagen nicht mehr erscheint. Es wurde zuletzt in einer kleinen Quetsche von Gelben notwendig hergesteilt. Die Organisation der Buchdrucker setzte es durch, daß die Gelben entlassen wurden. Die „Action Francaise“ hatte die Zerstückelung von Druckerzeilen der Linkspreße durch ihre Anhänger ausdrücklich gutgeheißen. — Wir hoffen, so schreibt der Berliner „Vorwärts“ zu dieser Meldung, daß

Klosterchwestern, die Grabsteine stehlen. Dieser Tage wurden, so berichtet die „Arbeiterzeitung“, zwei Klosterchwestern im Weidlinger Friedhof ertappt, als sie von Grabern Blumen entwendeten; die beiden Gottesdienerinnen wurden in die Verwaltungskanzlei des Friedhofes geleitet und dann von Wachorganen auf die Wachstube gebracht. Hier wurden sie nach ihren Namen befragt, sie gaben aber nur ihre Klosternamen an. Gefragt, warum sie Blumen von den Grabern der Armen entwendeten, gaben sie an, daß sie die Blumen zur Ausschmückung von Heiligenbildern brauchen. — Es ist eine nette Frömmigkeit, die in den Klöstern gedeiht, wenn die heiligen Damen, um dem Fetterscheinus zu fröhnen, den sie mit den Heiligenbildern treiben und den sie für Frömmigkeit anzusehen erzogen werden, gar zur Bestehlung von Grabern greifen.

Für die Trennung der Kirche von Staat und Schule. Am 6. Juli, am Todestage Johann Sus', findet in Komotau eine Kundgebung für die Trennung der Kirche von Staat und Schule statt, die gemeinsam vom proletarischen Freidenkerbund, von der Bezirksorganisation der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, von der tschechischen sozialdemokratischen und sozialistischen Partei veranstaltet wird.

Radium-Diebstahl. Aus Budapest wird gemeldet: Dienstag wurden aus dem neuen Sankt Johannsspital zwei Milligramm Radium auf bisher unaufgeklärte Weise gestohlen. Das entwendete Radium, das erst vor kurzer Zeit aus Bohemia hierher gebracht wurde, repräsentiert einen Wert von 10 Millionen Kronen.

Frauen dürfen Trauzeugen sein. Der § 75 des Allg. b. G. bestimmt, daß die feierliche Erklärung der Einwilligung vor dem betreffenden Seelsorger etc. in Gegenwart zweier Zeugen erfolgen muß. Analoges ist für die Ziviltrauung bestimmt. Auf eine Anfrage, ob diese Zeugen dem männlichen Geschlecht angehören müssen, antwortete nun die positive Landesverwaltung in Brunn, daß eine positive gesetzliche Bestimmung nicht besteht, die den Frauen die Fähigkeit der Zeugenschaft bei Trauungen absprechen würde.

Gute Ernte in der Ukraine und in Rußland. Aus Moskau wird gemeldet: Das Erntergebnis in der Ukraine verspricht den Durchschnitt zu überschreiten und wird auf 13,5 Millionen Tonnen geschätzt, von denen mehr als eine Million Tonnen als Exportüberschuß angesehen werden kann. Die heutige Ernte ist dank der fruchtbareren Jahre und der Vergrößerung der Saatfläche um 1,5 Millionen Acres größer als im vergangenen Jahre. — Infolge Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse in den im vergangenen Jahre vom Hunger heimgesuchten Gebieten sowie infolge der Aussichten auf eine gute Ernte hat das allrussische Zentralerekutivkomitee die Kommission zur Liquidierung der Folgen der Hungerpest aufgelöst.

Präsident Masaryk ist Dienstag nachts von seiner Mittelmeerreise in die Republik zurückgekehrt und traf gestern abends in Lana ein.

Die Entforstung der Welt. Eine Uebersicht über die Fortbestände der Welt läßt keinen Zweifel darüber, daß die Verarmung der internationalen Waldwirtschaft geradezu rapide Fortschritte macht. Europa ist schon längst nicht mehr imstande, seinen Holzbedarf aus der eigenen Erzeugung zu decken, muß vielmehr Holz aus allen Erdteilen in großen Mengen einführen. Auch Asien ist im Vergleich zu seiner großen Ausdehnung arm an Wäldern. Es besitzt zwar in Sibirien noch einen gewaltigen Waldbestand, den man aber bereits stark abholzen beginnt. Von anderen Gebieten ist wenig zu erhoffen. Die Türkei, Persien, Turkestan, Arabien und Afghanistan werden im wahren Sinne des Wortes von Bäumen entblüht. Indochina und Annam leiden unter gewaltiger Dürre und infolge der Abholzung an regelmäßig wiederkehrenden Missernten. Die Mitte Asiens ist eine Wüste, China kann nur schwer seinen eigenen Bedarf decken und auch Japan sieht sich außerstande, Holz auszuführen; es muß Holz vielmehr in großem Umfang einführen. Afrika besitzt allerdings in seiner äquatorialen Zone noch verhältnismäßig große, im Urzustand befindliche Waldreserven, die sich über den Oberlauf des Nil, Dahomey und den Kongo westwärts bis zum Atlantik erstrecken. Der ganze übrige Rest aber ist bereits verwüßt. Ägypten lebt ausschließlich von Holzeinfuhr. In Ostafrika sind Wälder nahezu unbekannt und alle übrigen Staaten Südafrikas, das glatt ist wie der Rücken einer Hand, sind gezwungen, sich Holz von weither zu verschaffen. Sie beziehen ihr Bauholz selbst von Schweden. Australien ist in seinem mittleren Teil ebenfalls von Holz entblüht und überdies für die Aufforstung ungeeignet. In der Randzone ist es allerdings reich mit Wald bedacht, aber auch hier hat die Raubbauwirtschaft bereits ungeheure Schäden angerichtet. So ist es Amerika allein, das vor allem in Kanada über den größten Holzvorrat verfügt. Aber ein riesiger Ausfuhrhandel sorgt auch hier dafür, daß die Verarmung ständig Fortschritte macht. In dieser Beziehung braucht man nur darauf hinzuweisen, daß in zwei Jahrhunderten hier Holzungen verbraucht wurden, so groß, wie sie Europa kaum in 20 Jahrhunderten verbraucht hat. Das gilt auch für Südamerika und sein reichstes Holzland Brasilien.

Die Eichwalder Mordtat. Vor einigen Tagen wurde von der Prager Polizei ein Landstreicher aufgegriffen, der sich Reinhold Müller, zuständig nach Böhmen-Leipa nannte und bei dem auch eine Pfeiffersäge der Holzstraße Hainwald-Eichwald, mit einer ausführenden Spitze von Eichwald fand. Die Erhebungen ergaben, daß seine Angaben falsch und daß er mit einem der Berliner Kriminalpolizei wohl bekannten Schwerverbrecher namens Vinzenz

Matuszynski identisch sei. Es besteht auch der Verdacht, daß Matuszynski an der Eichwalder Mordtat beteiligt war. Er wurde dem Prager Kreisgerichte übergeben.

Einbruch in eine Gemeindefanzlei. In der Nacht auf Montag wurde in die Gemeindefanzlei in Steunowich bei Pilsen ein Einbruch verübt. Die bisher unbekannt Täter sprangen die eiserne Kassa und raubten daraus einen Betrag von 20.502 K und 11 Sparkastenschlüssel. Ein Schulmädchen fand die Sparkastenschlüssel und übergab sie der Gendarmerie. Auf diese Weise wurde der Einbruch überhaupt erst entdeckt.

Tödliche Unglücksfälle. Der in Teplich bei Weiskirchen zu Besuch weilende Quinlaner der Realschule in Olmütz Leop. Indraal aus Roklitz wollte ein Bad nehmen und sprang so unglücklich ins Wasser, daß er sich an einem Stein die Schädeldecke zerschmetterte. — In Loun spielte der 15-jährige Zimmermannslehrling Wenzel Benz mit einem geladenen Revolver, als plötzlich ein Schuß ertönte und der Sohn des Meisters, der 16-jährige Fr. Sevedil, mitten ins Herz getroffen, tot zusammenbrach.

Kleine Chronik.

Inseln aus ewigem Eis. Im ganzen Norden Sibiriens gibt es überall unter der Oberfläche des Bodens eine fest gefrorene, mit Eisblöcken untermischte Erdschicht, die niemals auftaut. Im nördlichen Teil des Landes zeigt dieses Phänomen seine höchste Intensität. So gibt es in Jakutsk, der am linken Ufer des Lena gelegenen Hauptstadt der gleichnamigen Provinz, keine Brunnen. Die Einwohner sind genötigt, im Sommer ihren Durst aus dem Wasser des Flusses zu stillen und im Winter geschmolzenes Schneewasser zu trinken. Denn der Boden, auf dem diese kälteste Stadt der Welt steht, ist auch während des Sommers hartgefroren. Geht man noch weiter nach Norden, so findet man unter dem gestörten Boden eine Eis-schicht, die in dem Grade an Stärke zunimmt, in der man sich dem Eismeer nähert. Auf dem Wasser des nördlichen Eismeeres selbst finden sich Eisschichten an, die mit Schichten gefrorener Erde wechseln. Noch eigenartiger aber sind die Eisseln in der Nähe der sibirischen Küste. Sie bestehen aus Lagerungen festen Eises, das mit einer dünnen Schicht Erde überdeckt ist, einer Schicht, auf der sich in dem kurzen arktischen Sommer eine in lebhaften Farben leuchtende Flora von Gras und Moos bildet. Man findet auf diesen Inseln Seen, auf deren Spiegel Eisbänke schwimmen, die niemals schmelzen. Die Küsten des Eismeeres sind überall von riesigen Eisbänken umsäumt. Es handelt sich dabei aber nicht etwa um treibende Eisberge, sondern um Eismassen, die sich an Ort und Stelle gebildet haben, um niemals zu schmelzen. Auf den Lialhowschen und auf den neubirischen Inseln erheben sich hohe, aus Eis gebildete Hügel, und zwar nicht nur an den Küsten, sondern auch im Innern. Tott, der diese Inseln in den Jahren 1886 und 1893 besucht hat, konnte feststellen, daß das Eis, aus dem sie gebildet sind, überall eine körnige Struktur zeigt und deshalb nicht aus Schnee entstanden sein kann.

Stropfversuche an Tieren. Im Gegensatz zu den Pflanzen, die den Bestrebungen des Gärtner-einzelne Teile eines lebenden Pflanzenkörpers auf einen anderen zu übertragen, sie zu „transplantieren“ und beide zum Verwachsen zu bringen, nur wenig Widerstand entgegenzubringen pflegen, ist eine solche Vereinigung in der Tierwelt viel schwieriger. Zwar macht die moderne Chirurgie bei der Transplantation lebenden Gewebes heute weitgehenden Gebrauch, aber es handelt sich hier entweder nur um Gewebe desselben Individuums, die von einer Zelle des Körpers auf eine andere übertragen werden, oder doch nur um kleinere Stücke lebender Zellmassen. Ein klassisches Versuchobjekt für solche Verwachsungsversuche ist ein harmloser Dunkelmann, unser Regenwurm, geworden. Zahlreiche Versuche aus früheren Jahren haben gezeigt, daß es unter Beobachtung der nötigen Vorsichtsmaßnahmen möglich ist, zwei Kopfsenden und ebenso zwei Schwanzende desselben Tieres zur Verwachsung zu bringen oder in das zerschnittene Tier ein neues Mittelstück eines Angehörigen derselben oder einer verwandten Art einzufügen oder die Bauchseite des Vorderendes mit der Rückseite des hinteren Teils zu vereinigen, und meist zeigte es sich, daß die so oder ähnlich behandelten Tiere noch monatelang, ja Jahre hindurch weiterlebten. Nur mit den aus zwei Kopfstücken oder zwei Schwanzenden zusammengesetzten Tieren hatte das aus begreiflichen Gründen seine Schwierigkeit. Hier setzten die Versuche C. Rudolfs ein, die im Archiv für Entwicklungsmechanik veröffentlicht wurden. Er schnitt zwei verschiedene Arten von Regenwürmern die Köpfe ab und vereinigte die beiden kopflosen Schwanzenden, was ohne Schwierigkeit gelang. Dann wurde das eine wieder gekürzt, und es bildete sich nach kurzer Zeit an der Schnittstelle ein neuer Kopf, so daß das Hinterende des früheren Wurmes zum Kopfende wurde. Ein zweiter Kopf entstand aus der Narbe der ersten Verwachsungsstelle, und beide dienten wahrscheinlich der Ernährung. Auf diese und ähnliche Weise hat Rudolfs etwa 1000 Würmer operiert; nicht immer zeigte sich bei diesen Experimenten die Fähigkeit des Weiterlebens gleich ausgebildet, und das ist ja auch erklärlich. Daß gerade unser Regenwurm eine so große Widerstandsfähigkeit gegen die geschäderten operativen Eingriffe zeigt, ist wohl daraus abzuleiten, daß es bei seinem Leben in der Erde oft vorkommen wird, daß einer seiner Feinde, vor allem der Maulwurf, manchmal Stücke des Tieres einfach abbeißt. Der Wurm wäre jedesmal dem Tode verfallen, wenn er nicht die Möglichkeit besäße, die verloren gegangenen Körperteile leicht wieder zu ersetzen.

Telegramme.

Die Bergarbeiter feiern am Hus-Tag.

Mähr.-Ostrau, 4. Juli. Nach der Sozialdemokratischen Korrespondenz, hat der Bergarbeiterverband die Direktorenkonferenz des Ostrauer Karwiner Reviers ersucht, daß am 6. Juli (Hus-Tag) nicht gearbeitet werde. Dafür soll morgen (Cyrril und Method, mähr. Landesfeiertag) gearbeitet werden. Das Sekretariat erhielt eine ablehnende Antwort. Die Direktorenkonferenz verlangt, daß gemäß dem Kollektivvertrag an beiden Tagen gearbeitet werde. Wie die Korrespondenz erfährt, wird zufolge Beschlusses des Bergarbeiterverbandes am 6. Juli auf den Gruben nicht gearbeitet werden.

Das alte Lied.

Paris, 3. Juli. (Tsch. P.-B.) Die heutige Kammerdebatte galt dem Budget der Ausgaben für den Wiederaufbau. Der Berichterstatter, Abg. Chymond, kündigte an, daß dieses Budget sich in diesem Jahre auf 13.316.824.493 Francs beläuft. Er sprach von dem schlechten Willen Deutschlands. Frankreich habe bis jetzt rund 100 und Belgien 50 Milliarden für das Konto Deutschlands vorgeschossen. Beide Nationen hätten noch die Hälfte ihrer Schäden zu reparieren. Die letzten deutschen Vorschläge seien eine Enttäuschung für alle Alliierten gewesen. Die von Deutschland angewendeten Methoden verfolgten den Zweck, ihm zu gestatten, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen. Der Berichterstatter nennt die Wirtschaftslage Deutschlands blühend (!). Deutschlands Produktion sei im fortgeschrittenen Steigen begriffen, seine Handelsflotte vermehre sich, der Reichtum der deutschen Großkapitalisten steige in dem Maße, in dem die Finanznot des Reiches sich vergrößere. Deutschland habe nicht nur keine Bemühungen unternommen, um sein Budget auszugleichen, sondern durch eine Inflation den Zusammenbruch der Mark herbeigeführt. Es tue nicht einmal das Erforderliche, um die Steuern einzusparen. Auch hier wird der Versailler Vertrag schändlich verletzt, da die französischen Steuerträger weit stärker belastet seien als die Deutschen.

Nach kurzer Unterbrechung der Sitzung ergreift der Abg. Jughels (sozialistische Partei) das Wort. Bereits des öfteren habe er über die Benachteiligung der kleineren und mittleren Geschädigten bei der Regulierung durch die Regierung Beschwerde geführt. Eine weitverzweigte Organisation, die sogen. Vereinigung der Geschädigten, habe skandalöse Spekulationsverdienste erzielt. Der Wiederaufbauminister Reibel erklärte, daß er morgen auf sämtliche Angaben des Vortredners erwidern werde, er könne jedoch schon jetzt sagen, daß bis jetzt sämtliche von dem Abgeordneten angeführten Behauptungen untersucht wurden und keine einzige der Anklagen als berechtigt bezeichnet werden könne. Die Debatte wurde hierauf auf morgen vertagt.

Runtius Baccelli beim Reichszanzer.

Berlin, 4. Juli. Der Reichszanzer hat beim heutigen Empfang des päpstlichen Runtius Baccelli auf den Wunsch der Kurie nach einer Beurteilung der Sabotageakte im Ruhrgebiet durch die deutsche Regierung durchblicken lassen, daß die deutsche Regierung wahrscheinlich im Laufe des morgigen Tages diesem Wunsche Rechnung tragen wird. Wie der Vertreter des tschechoslowakischen Botsbüros erwidert, soll dies in einer Form geschehen, die zugleich die Verantwortung für den Fall in Duisburg überhaupt ablehnt. Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst spricht die Befürchtung aus, daß die beabsichtigte allgemeine Erklärung gegen die Dynamitattentate nur formellen Charakter haben werde und verlangt eine politische Abgabe an die Verbrecher.

Die sozialdemokratische Fraktion beim Reichszanzer.

Berlin, 4. Juli. (Eigenbericht.) Der Reichszanzer empfing heute Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Die Erörterungen betrafen die letzten Ereignisse im Ruhrgebiet und namentlich die Sabotageakte. Die Sozialdemokraten ließen keinen Zweifel darüber, daß sie eine entscheidende Erklärung der Regierung gegen die nationalsozialistischen Attentate und Sabotageakte erwarten und noch im Laufe dieser Woche eine politische Debatte im Reichstage verlangen. Die Regierung ist einer außerpolitischen Debatte abgeneigt. Die Entscheidung wird der nächsten Rat des Reichstages Donnerstag fallen.

Gegen die Sabotage-akte.

Berlin, 3. Juli. (Eigenbericht.) Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat heute eine scharfe Erklärung gegen die Sabotage- und Attentatspolizei beschlossen. Er fordert von der Regierung die schärfsten Maßnahmen zur Bekämpfung der Sabotageakte.

Verdoppelung der Lebenshaltung in Deutschland.

Berlin, 4. Juli. Die Reichsindizes für Lebenshaltungskosten, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung stellt sich nach Feststellung des statistischen Reichsamtes im Durchschnitt im Monat Juni auf 7650 gegen 3816 im Mai. Die Steigerung gegenüber dem Vormonate beträgt somit 100,5 Prozent.

Der nationalsozialistische Banditenmord.

Bierzehn Hakenkreuzer verhaftet. — Das Konvikt der P. P. Nazisten als Unterschluß für Mordwerkzeuge.

Wien, 4. Juli. (Eigenbericht.) Die Polizei hat bisher im Zusammenhang mit der Ermordung des Hakenkreuzlers Karger vierzehn Personen verhaftet. Unter den Verhafteten spielt neben Nowosad ein etwa zwanzigjähriger junger Mann eine Rolle, der sich Heinrich Freund nennt. Es scheint aber, daß dies nicht sein wirklicher Name ist. Die Polizei hat festgestellt, daß in Wien drei nationalsozialistische Sturmgruppen vorhanden sind. Die erste ist die Schlagetergruppe, die zweite die Nowosadgruppe, und die dritte die Krügergruppe. Die Stoktruppe, die der Heinrich Freund leitet, wurde ursprünglich von einem gewissen Rössler gegründet, der ebenfalls verhaftet ist. Freund ist erst in der letzten Zeit nach Wien gekommen und hat es verstanden, in diesem Verband rasch eine führende Rolle zu spielen. Bei der Nowosadgruppe hat auch ein Zending Hilters namens Lechner eine Rolle gespielt, der aber vor kurzem von der Polizei ausgewiesen wurde. Im Zusammenhang mit dieser Mordtat wurde auch der Nationalsozialist Krüger verhaftet. Krüger war ein früherer Offizier und wohnte im Gebäude des Paristenkonvikts als Untermieter. Die Mutter des Nowosad sagte bei der Polizei aus, ihr Sohn habe ihr zu einer Zeit, als die Mordtat bereits aufgedeckt war, gesagt, er ginge zu Krüger, um sich bei diesem Rat zu holen. Darauf wurde Krüger verhaftet und man fand bei ihm neun Gewehre, eine Anzahl Revolver und Munition. Gleichzeitig mit Nowosad wurde auch der einundzwanzigjährige Privatbeamte Julius Brunner und der dreizehnjährige Student Karl Jugendfreund verhaftet. Ihnen gegenüber hat sich Nowosad wiederholt geäußert, er wolle Karger erledigen. Nach der Tat hat Nowosad dem Brunner den Dolch zur Verwahrung übergeben. Mit dem englischen Heinrich Freund wurde auch dessen Bruder, der Student Walter Freund, verhaftet, der ebenfalls in den Mordplan verwickelt war.

Eine Sowjet-Note an die Belgrader Regierung.

Moskau, 4. Juli. (NR.) Die Sowjetregierung hat in einer besonderen Note die Aufmerksamkeit der Belgrader Regierung darauf gelenkt, daß General Wrangel zur Deckung seiner persönlichen Ausgaben sich des Inventars der Petersburger Sparkassa (im französischen Text der Depesche heißt es: „Caisse de prêts“) bedient, dessen er sich bei der Flucht aus Rußland bemächtigt hat und das zum Teile aus Forderungen von Privatpersonen, zum Teile aus staatlichen Wertpapieren besteht. Die Sowjetregierung konstatiert in ihrer Note, daß General Wrangel auf diese Weise die Besitzer der Pfandobjekte der Möglichkeit beraubt hat, die Verordnung der Sowjetregierung, zufolge der Klienten der Sparkassa unter gewissen Bedingungen das Recht zugesprochen wird, ihr verpfändetes Eigentum wieder zurückzuerhalten, für sich in Anwendung zu bringen. In der Note wird weiter erklärt, daß dem General nur dank der Untätigkeit der Belgrader Regierung der Verkauf dieser Werte ermöglicht wurde, und daß die russische Regierung deshalb die gesamte Verantwortung auf die Belgrader Regierung abwälzt. Gleichzeitig wird die Belgrader Regierung aufgefordert, etwa vorhandene Reste dieser Werte in Verwahrung zu nehmen und sie bei der nächsten Gelegenheit der russischen Regierung zurückzuerstatten.

Der Brief des Patriarchen Tichon.

Moskau, 4. Juli. (NR.) Patriarch Tichon hat, wie bereits gemeldet, an die Geistlichkeit und die Gläubigen einen Brief gerichtet, in welchem er sich gegen die Führer der Reformation wendet und den Beschluß des Konzils, durch den er vom Patriarchat entbunden und des Mönchtums entseidigt wird, als nichtig erklärt. Tichon sagt in seinem Briefe u. a.: „Zeit meinen Angriffen gegen die Sowjetmacht hat sich viel geändert. Beispielsweise ist es gegenwärtig angebracht, die Sowjetregierung um Schonung der in Polen verfolgten orthodoxen Russen anzusprechen. Tatsächlich trägt die Gesellschaft, welche mich dazu anspornte, Schuld an den Verbrechen, die ich begangen habe. Ich erkläre allen Monarchisten und Weiskardisten im Inland und im Ausland, daß alle ihre Anstrengungen vergeblich sind, weil ich alle ihre Angriffe auf die Sowjetmacht verurteile. Mögen diese Leute begreifen, daß ich kein Feind der Sowjetmacht bin und daß ich das wahre Wesen der gegen sie gerichteten Verleumdungen begriffen habe. Die Behauptungen über meine Folterung sind gänzlich erlogen.“

Der Streit um Tanger.

London, 4. Juli. Die englisch-französisch-spanische Sachverständigenkonferenz über die Frage von Tanger wurde gestern auf unbestimmte Zeit vertagt. Die „Daily Mail“ sagt, entweder seien die Schwierigkeiten nicht beseitigt worden, oder es hätten sich neue ergeben. Auf jeden Fall seien die Sachverständigen gezwungen, ihre Regierungen um neue Instruktionen zu ersuchen.

